

## Veranstaltungsbericht

### **1972 – Ein Schlüsseljahr für die innerdeutschen Beziehungen**

13. März 2012 | 18:00 Uhr | Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin

Am 13. März 2012 luden die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Deutsche Gesellschaft e. V. und der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR im Rahmen ihrer gemeinsamen achteiligen Veranstaltungsreihe „2x Deutschland: Innerdeutsche Beziehungen 1972-1990“ zur Auftaktveranstaltung ein. Thema des Abends war das Jahr 1972, welches im Rückblick als ein Schlüsseljahr für die innerdeutschen Beziehungen gilt.

Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, begrüßte die Veranstaltungsteilnehmer und wies auf die Bedeutung des Grundlagenvertrages für die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen – offiziell: Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik – hin. Dessen Unterzeichnung am 21. Dezember 1972 vor nunmehr 40 Jahren sei damals als „politische Sensation“ und „neues Kapitel der Deutschlandpolitik“ gefeiert worden.

Prof. Dr. Hermann Wentker, Leiter der Abteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte, ging in seinem Impulsreferat auf den historischen Kontext der Vertragsverhandlungen ein. Wie bereits beim Transitabkommen, der ersten deutsch-deutschen Vereinbarung auf Regierungsebene, wurden die Gespräche zum Grundlagenvertrag von den beiden Staatssekretären Egon Bahr seitens der Bundesrepublik und Michael Kohl seitens der DDR geleitet. Auf westdeutscher Seite trug die sozial-liberale Koalition Willy Brandts ab 1969 zu einer Veränderung der Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks bei. Ein gesteigertes Selbstbewusstsein und ein Wille nach aktiver Mitsprache am Entspannungskurs der USA gegenüber den Ostblockstaaten sollten zu einem „Wandel durch Annäherung“ führen. Die DDR-Regierung und das Ministerium für Staatssicherheit unterstellten der Bundesrepublik zunächst, sie würde mit der neuen, auf Kooperation ausgelegten Ostpolitik eine Destabilisierung der DDR verfolgen und warfen ihr eine „Aggression auf Filzplätzchen“ vor. Dennoch besaß die SED aufgrund der ideologischen Nähe zur SPD ein Interesse am Fortbestehen der Koalition Brandts. Dies erwies sich als Vorteil für die Verhandlungsführer der Bundesrepublik und ermöglichte einen „Dialog auf Augenhöhe“. Egon Bahr warnte jedoch vor allzu großen Hoffnungen: „Bisher hatten wir keine Beziehungen, jetzt werden wir schlechte haben – und das ist der Fortschritt.“

In der anschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von Sven Felix Kellerhoff, Die Welt / Berliner Morgenpost, stand bei den Diskutanten Prof. Dr. Wentker, Rainer Eppelmann, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Hans Modrow, Ministerpräsident a. D. und Dr. Hans Otto Bräutigam, Minister a. D., der Verlauf der Vertragsverhandlungen über den Grundlagenvertrag im Mittelpunkt. Während die Bundesrepublik vor allem Erleichterungen für die DDR-Bürger anstrebte, bemühte sich die DDR insbesondere um eine internationale, völkerrechtliche Anerkennung. Die Unterzeichnung des Vertrages am 21. Dezember 1972 stellte einen Wendepunkt der innerdeutschen Beziehungen dar. Erstmals bestätigte die Bundesrepublik die Existenz zweier Staaten in Deutschland – ein „Spagat zwischen Anerkennung der DDR und Festhalten am Ziel der Wiedervereinigung“.

Modrow, der als ehemaliges Mitglied des Zentralkomitees bei den Verhandlungen über den Grundlagenvertrag für die Interpretation ungeklärter Fragen und die Genehmigung von Presseberichten zuständig war, betonte, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik sei damals im Sinne einer angestrebten Gleichheit im Rahmen der Völkergemeinschaft vor allem zur Sicherung der Anerkennung beider deutscher Staaten wichtig gewesen. Seine Bilanz zu den Ergebnissen des Grundlagenvertrages: „Es ging nicht darum, wer mehr erreicht hat. Beide Seiten sollten das Gesicht wahren.“

Bräutigam ging auf die politische Strategie der Bundesrepublik ein. Der Delegation sei durchaus klar gewesen, dass eine staatliche, wenn auch nicht völkerrechtliche Anerkennung der DDR nicht länger vermeidbar war. Die Bundesregierung konnte mit diesem Kompromiss leben, solange die deutsche Frage bzw. die Wiedervereinigung als langfristiges Ziel der Bundesrepublik offen blieb. Parallel dazu beschrieb Bräutigam aus erster Hand die Situation am Verhandlungstisch. Die Verhandlungsführer, Egon Bahr und Michael Kohl, hätten es vorgezogen unter vier Augen, ohne Protokoll, zu verhandeln. Daraus resultierten auch unterschiedliche Interpretationen mit Blick auf die Form der innerdeutschen Beziehungen. Während die Bundesregierung etwa von einer „Bindung“ ausging, sprach die DDR-Regierung von einer „Verbindung“. Dennoch ging es weniger um semantische Streitpunkte, sondern vielmehr darum, praktische Lösungen zu entwickeln.

Eppelmann berichtete, wie verwundert er als junger Bürger der DDR die Verhandlungen und die grundlegende Veränderung der deutschen Außenpolitik aufgenommen hat und betonte: „Die Demokratie der Bundesrepublik ist mir näher gewesen als die Diktatur in der ich leben musste.“ Auf die Frage, ob er sich damals als DDR-Bürger gefühlt habe, antwortete er: „Ich habe mich als einer von 17 Millionen gefühlt, der genötigt worden ist, in diesem Land zu bleiben. Wir sind mit dem 13. August 1961 zu Untertanen gemacht worden.“ Eppelmann hob die Bedeutung der aufkeimenden Bürgerrechtsbewegung in der DDR hervor. Es gehe Nichts über politisch bewusst handelnde streitbare Bürger, denn eben diese und nicht die Politiker hätten den Prozess der Wiedervereinigung eingeleitet.

Die Stimmung der Verhandlungsdelegation war laut Bräutigam nach dem Abschluss des Vertrages gedämpft: „Es gab auf beiden Seiten Enttäuschungen. Es wurde nicht gefeiert. Wir haben uns nicht als Sieger gefühlt“. Gleichwohl war der Grundlagenvertrag ein historisch wichtiger Schritt der innerdeutschen Beziehungen, der die Grundlage für den KSZE-Prozess und schließlich für eine gesamteuropäische Friedensordnung schuf.

In der abschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde vor allem thematisiert, ob es eine DDR-Geschichte als Forschungsgegenstand oder lediglich eine gesamtdeutsche Geschichte gebe. Eppelmann beantwortete diese Frage klar: „Ja klar hat die DDR Geschichte – sie hat schließlich existiert.“

Enrico Tulus, Dr. Heike Tuchscheerer